

ligt. Von 25 Parteimitgliedern haben 21 drei und mehr Kinder, und von den acht Mitgliedern des örtlichen Parteikomitees haben fünf mindestens vier Kinder. Trotzdem wurde von 1996 bis 1998 niemand von ihnen bestraft. Die Aufsichtsgremien der Partei der nächst höheren Ebene haben jetzt zwölf Kader bestraft und Sanktionen gegen den stellvertretenden Bürgermeister von Wuchuan und den Leiter des dortigen Familienplanungsbüros ausgesprochen. (RMRB, 24.3.00, S. 8 u. SCMP, 28.2.00)

Das Beispiel zeigt, dass es weit verbreitete Praxis ist, gefälschte Geburtenziffern an die höheren Verwaltungsstellen zu melden, sodass man zu Recht vermuten muss, dass die amtlichen Bevölkerungsziffern zu niedrig sind. Möglich ist die Umgehung der Ein-Kind-Politik nur im Einvernehmen mit den örtlichen Kadern. Angesichts von deren Bestechlichkeit wird auch der für den Herbst angesetzte Zensus kaum in der Lage sein, die tatsächliche Bevölkerungszahl zu ermitteln. -st-

Außenwirtschaft

27 Erneutes Scheitern der bilateralen WTO-Aufnahmegespräche zwischen China und der EU

Zur dritten bilateralen Verhandlungsrunde über den WTO-Beitritt traf der EU-Kommissar Pascal Lamy am 28. März in Beijing ein. Während seines Besuchs in Beijing sprach Lamy mit dem Außenwirtschaftsminister Shi Guangsheng sowie mit Ministerpräsident Zhu Rongji. Lamy wurde auf seiner Reise von einem Expertenteam begleitet, dass auf Fragen des Marktzugangs für Industrie- und Agrargüter und Dienstleistungen spezialisiert ist.

Ebenso wie die vorherigen Gespräche über die Bedingungen des WTO-Beitritts im Januar und Februar schloss auch diese viertägige Verhandlungsrunde ohne ein endgültiges Abkommen. Konkrete Verhandlungspunkte wurden nicht genannt. Ein Termin für die nächste Gesprächsrunde steht noch nicht fest.

In einem offiziellen Kommentar wies die EU darauf hin, dass zwar beide Verhandlungsseiten Zugeständnisse gemacht hätten, die Unterschiede in den Positionen jedoch noch zu groß gewesen seien. Pascal Lamy wird mit der Aussage zitiert, dass „a final package should be balanced, taking due account of the specificity of the important trading relationship between the EU and China“. (http://europa.eu.int/comm/trade/whats_new/eu_ch.htm; NZZ, 1.4.00)

In einem Gespräch mit dem *Handelsblatt* vom 16.3.2000 hatte Lamy vor seiner Reise nach Beijing angekündigt, dass die EU in bestimmten Marktbereichen eine größere Öffnung erwarte als die USA. Dies gelte z.B. für Lebensversicherungen, Mobilfunkunternehmen und den Transportsektor. So fordert die EU eine Beteiligung von 51% bei Joint-Venture-Unternehmen der mobilen Telekommunikation.

Wie das *Handelsblatt* berichtet, soll die chinesische Seite in den ersten zwei Verhandlungsrunden keine Bereitschaft zu Zugeständnissen an die europäische Seite gezeigt haben, noch nicht einmal bei technischen Fragen.

Mit einigen anderen Ländern hat China zwischenzeitlich ein bilaterales Protokoll unterzeichnet. Dazu gehört beispielsweise Argentinien. (XNA, 13.3.00) Außer mit der EU müssen noch Abkommen mit Costa Rica, Ecuador, Guatemala, Kirgistan, Lettland, Mexiko, Polen und der Schweiz abgeschlossen werden. Die EU ist jedoch die wichtigste Barriere innerhalb der Gruppe dieser WTO-Mitgliedsstaaten, die zunächst bilateral zustimmen müssen, bevor auf multilateraler Ebene ein Beitrittsprotokoll zwischen der WTO und China unterzeichnet werden kann.

Ende März reiste eine chinesische Delegation zum WTO-Sitz nach Genf, um die angeforderten Dokumente über das chinesische Handelsrecht und das Außenhandelsregime insgesamt der Arbeitsgruppe China vorzulegen. Long, der Delegationsleiter der chinesischen Seite, nannte 177 Gesetze und Bestimmungen, aus denen das neue Memorandum besteht. Es bezieht sich auf die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Chinas mit dem Ausland und behandelt schwerpunktmäßig Gesetze und Bestimmungen in den Berei-

chen Zollverwaltung, Im- und Export und Auslandsinvestitionen. Long kündigte an, dass die chinesische Regierung solche Gesetze und Bestimmungen anpassen werde, die als nicht kompatibel mit den WTO-Richtlinien gelten würden. (XNA, 23.3.00) -schü-

28 Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und China

Die EU ist für China auch im letzten Jahr einer der wichtigsten Handelspartner gewesen.

Im Jahr 1999 belief sich das bilaterale Handelsvolumen nach chinesischen Zollstatistiken auf 55,7 Mrd. US\$. Gegenüber 1998 stieg damit das Handelsvolumen um 14%. Chinesischen Exporten in die EU in Höhe von 30,2 Mrd. US\$ (+7,3%) standen Importe in Höhe von 25,5 Mrd. US\$ (+23,2%) gegenüber. Hinter Japan und den USA lag damit die EU an dritter Stelle der wichtigsten Handelspartner Chinas.

Zu den wichtigsten Exporten Chinas in die EU zählen Bekleidung, Textilgarne und -stoffe, Schuhe, Koffer, Spielzeug, Radios, pharmazeutische Produkte, Kunststoffprodukte, Holzkohle, Werkzeuge und Maschinen. Aus der EU importiert China vor allem Elektroprodukte, Weizen, Kunststoffe, Speiseöl, Papierprodukte, pharmazeutische Produkte, Kunstdünger, Kupferlegierungen und Stahlprodukte.

Die EU zählt zu den wichtigsten Technologielieferanten Chinas. Zwischen Januar bis September 1999 verzeichnete der bilaterale Handel 280 Technologielieferungen aus der EU nach China. Wertmäßig betrachtet, war dies ein Anteil von 65,8% der gesamten Technologieeinfuhren.

Zu den bilateralen Projekten zählt beispielsweise die Zusammenarbeit in den Bereichen Ausbildung, Wissenschaft, Technologie und Entwicklungshilfe. Von besonderer Bedeutung ist die gemeinsam aufgebaute EU-China School of Business Administration. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird erleichtert durch fünf bilaterale Arbeitsgruppen zu Fragen von Wirtschaft und Handel, zu Wissenschaft und Technologie, zum Umweltschutz, zur Energie sowie zur Informations- und Kommunikationstechnologie.

Als problematisch in den bilateralen Beziehungen werden von der chinesischen Seite die Antidumping-Verfahren gegen China, die diskriminierende Behandlung bestimmter chinesischer Agrarprodukte und die Beibehaltung von Mengenbeschränkungen bei drei Kategorien nichttextiler Industrieprodukte durch die EU angesehen. (SWB FE/W0630/CNS, 8.3.00) -schü-

29 Weitere Öffnung für Auslandsbanken?

Zum 1. März erhalten erneut fünf Auslandsbanken die Lizenz, Kredite in Landeswährung auszugeben. (HB, 3./4.3.00) Die Xinhua-Nachrichtenagentur meldet sogar eine Zahl von sieben weiteren Auslandsbanken. Insgesamt habe sich damit die Gesamtzahl der ausländischen Banken, die Kredite in Landeswährung abwickeln können, auf 33 erhöht. (NZZ, 6.3.00)

Zu den neu zum Kreditgeschäft in Inlandswährung zugelassenen Auslandsbanken zählt auch die Commerzbank; die Dresdner Bank hatte bereits im April 1999 die Lizenz dazu bekommen. Neben Shanghai und Shenzhen sollen zukünftig auch andere Städte in China Auslandsbanken im Renminbi-Geschäft zulassen dürfen. Als dritter Standort ist die Provinzhauptstadt Guangzhou vorgesehen; andere Städte wie Dalian, Tianjin, Xiamen und Chongqing versuchen ebenfalls, diese Bevorzugung für Auslandsbanken zu erreichen.

Obwohl die Ausweitung der Kreditgeschäfte in Landeswährung auf eine größere Anzahl von Auslandsbanken als weiterer Schritt bei der Öffnung des Bankenmarktes vom Ausland begrüßt wurde, erscheint er doch noch sehr zögerlich. Insgesamt nämlich beläuft sich bisher der Umfang der Operationen in Landeswährung Schätzungen zufolge auf rd. 500 Mio. US\$ bzw. auf einen Marktanteil von 0,1%. Weiterhin dürfen die Auslandsbanken keine chinesischen Kunden betreuen, sondern nur die Einlagen ihrer ausländischen Kunden ausleihen. Auch die Voraussetzungen für die Lizenz im Renminbi-Geschäft sind sehr hoch. So müssen die Auslandsbanken derzeit drei Jahre in China tätig gewesen sein und Überschüsse erzielt haben sowie Aktiva in Höhe von mindes-

tens 150 Mio. US\$ nachweisen. (HB, 3./4.3.00)

Durch den erwarteten WTO-Beitritt wird der Bankensektor jedoch zukünftig ebenfalls einem starken Anpassungsdruck unterliegen. Im bilateralen Abkommen zwischen den USA und China wurden folgende Öffnungsschritte festgelegt:

- US-Banken wird der volle Marktzugang innerhalb von fünf Jahren zugesagt.
- Ausländische Banken dürfen Geschäfte in Lokalswährung mit chinesischen Unternehmen zwei Jahre nach dem WTO-Beitritt durchführen.
- Fünf Jahre nach dem Beitritt sollen Auslandsbanken Geschäfte in Landeswährung auch mit chinesischen Privatpersonen abwickeln dürfen.
- Auslandsbanken sollen mit Inlandsbanken gleichgestellt werden (national treatment), und zwar innerhalb von bestimmten Regionen.
- Sowohl geographische als auch Beschränkungen auf Kundengruppen sollen innerhalb von fünf Jahren abgeschafft werden.
- Intermediäre Finanzgesellschaften dürfen nach dem Beitritt Kfz-Finanzierungen durchführen. (Schüller, Margot (1999), „Am Ende eines langen Weges: Chinas Beitritt zur WTO“, in: C.a., 1999/11)

Die anstehende Deregulierung und Liberalisierung des Bankensektors passt jedoch nicht zusammen mit Überlegungen der chinesischen Regierung, die Kreditvergabe der Auslandsbanken zu beschränken. So werden derzeit Bestimmungen diskutiert, die die Fähigkeiten von Auslandsbanken beschneiden, über Inlandswährung zu verfügen. Dies soll über die Festlegung einer Relation zwischen Umlaufkapital und Kreditvolumen geschehen; diese Relation könnte das 4- bis 6-fache betragen. (AWSJ, 2.3.00) -schü-

Binnenwirtschaft

30 Bericht zur Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1999 auf dem NVK

Der Minister der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission Zeng Peiyan stellte Anfang März während der dritten Tagung des 9. NVK den Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Jahres 1999 vor. Im Folgenden werden zentrale Aussagen in diesem Bericht zusammengefasst.

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 7,1%. Der Tertiärsektor wies ein Wachstum von 7,5% auf; vor allem die Bereiche Tourismus, Informations- und Beratungsdienstleistungen nahmen schnell zu. Der Industriesektor verzeichnete eine Zuwachsrate der industriellen Wertschöpfung in Höhe von 8,5%. Die Informationstechnologie-Industrie sowie die High Tech-Industrie entwickelten sich besonders dynamisch; die Produktion von Mobil-Kommunikationsausrüstungen stieg um 43,5%, von Computern um 196,4% und von integrierten Schaltkreisen um 149%.
- Die industrielle Performance der Industrie soll sich verbessert haben: Die Verkaufsrate der verarbeiteten Produkte lag bei 97,6% (+0,56%). Der zusammengesetzte Index für die Unternehmensperformance erreichte ein Niveau von 99,3% (+8,4%). Die Gesamtgewinne der staatseigenen Unternehmen und der Unternehmen mit einer Mehrheitsbeteiligung des Staates beliefen sich auf 96,7 Mrd. Yuan (+77,7%).
- Das Wirtschaftswachstum wurde getragen durch die Investitionen. Das Gesamtvolumen der Anlageinvestitionen stieg im